

**Sperrfrist: 02.11.2012, 12 Uhr**

Nr. 3/2012

**Butzbach**, 02.11.2011

## **Unbesetzte Stellen gefährden Sicherheit im hessischen Justizvollzug**

**BSBD-Gewerkschaftstag kritisiert die Einsparpläne im Personalsektor/Unbesetzte Stellen gefährden Sicherheit und Zusammenarbeit/Abenteuer Teilprivatisierung in der JVA Hünfeld wird dagegen fortgesetzt**

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen kritisierte an seinem 55. Gewerkschaftstag massiv die Einsparpläne der hessischen Landesregierung, die mehr als 80 Stellen im hessischen Justizvollzug streichen will. BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer setzte sich in ihrer Begrüßungsrede sehr deutlich für die Absenkung der Wochenarbeitszeit für die Beschäftigten ein, im hessischen Justizvollzug funktionieren die Dienstplanung nicht mehr, viele Positionen blieben unbesetzt und gefährdeten dadurch die Sicherheit in der Anstalt. Das, so Kannegießer, könne nicht weiter hingenommen werden. Sie appellierte dringend an den anwesenden Justizminister Jörg-Uwe Hahn, hier gegenzusteuern.

Darüber hinaus kritisierte Kannegießer in ihrer Eröffnungsrede die Fortsetzung des Abenteuers Teilprivatisierung im hessischen Justizvollzug. Der Erfolg sei behauptet, aber nicht belegt, eine Spezialität aller PPP-Projekte in der öffentlichen Verwaltung. Während man sich im Mutterland der PPP-Projekte mittlerweile von PPP distanzieren, wurde im hessischen Justizvollzug der Vertrag mit der Firma Serco/jetzt Steep GmbH für weitere 6 Jahre unterschrieben. Befürworter für diese Organisationsform, so Kannegießer, gäbe es bei den Vollzugspraktikern allerdings nicht. Der politische Wille des Ministers sei geschehen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Risikobewertungen entsprechend gestaltet. Die neue Firma Steep GmbH, abgekoppelter Deutschlandzweig des Serco-Konzerns, habe, so Kannegießer, mindestens 5 Mitarbeitern gekündigt, Aufgaben seien an das Vollzugspersonal zurückgegeben worden, obwohl dort bis 2015 wiederum Personal abgebaut werden soll, um die Einsparvorgaben im vollzuglichen Personalbereich des Finanzministeriums zu erfüllen.

BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer appellierte sehr deutlich an die politisch Verantwortlichen, Organisation und Zusammenarbeit zu optimieren, um Sicherheit und Behandlung in den Vollzugsanstalten zu garantieren.

**Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) ist mit rund 25.000 Mitgliedern - Beamte/innen und Tarifbeschäftigte aus allen Laufbahnbereichen - die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im deutschen Justizvollzug. Der BSBD-Hessen vertritt die Interessen der 2.900 hessischen Strafvollzugsbediensteten des Landes.**

Landesverband Hessen  
Notisweg 59  
D-64342 Seeheim-Jugenheim

V.i.S.d.P.:  
Birgit Kannegießer

Telefon 06257/9440680  
Mobil: 0177/5604689  
Telefax 06257/9440684  
Vorsitzende@bsbd-hessen.de  
www.bsbd-hessen.de

pressedienst